

DEUTSCHLAND

Elefantenhochzeit vor der nächsten Wahl?

Die im Krisenstab demonstrierte Gemeinsamkeit von Regierung und Opposition hat ein Bonner Tabu gebrochen: Die Parteien spekulieren wieder über die Große Koalition.

Auf dem rechten Flügel von CDU und CSU regt sich der Wunsch nach einer Allianz mit den Sozialdemokraten — ohne Helmut Kohl, mit Helmut Schmidt.

Stets überzeugt, daß ohne ihn und seine FDP nichts geht in der Republik, hat Außenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher in den letzten Wochen eine neue, schmerzliche Erfahrung gemacht: Auf dem Höhepunkt einer entscheidenden Krise wurde er in Bonn nicht gebraucht.

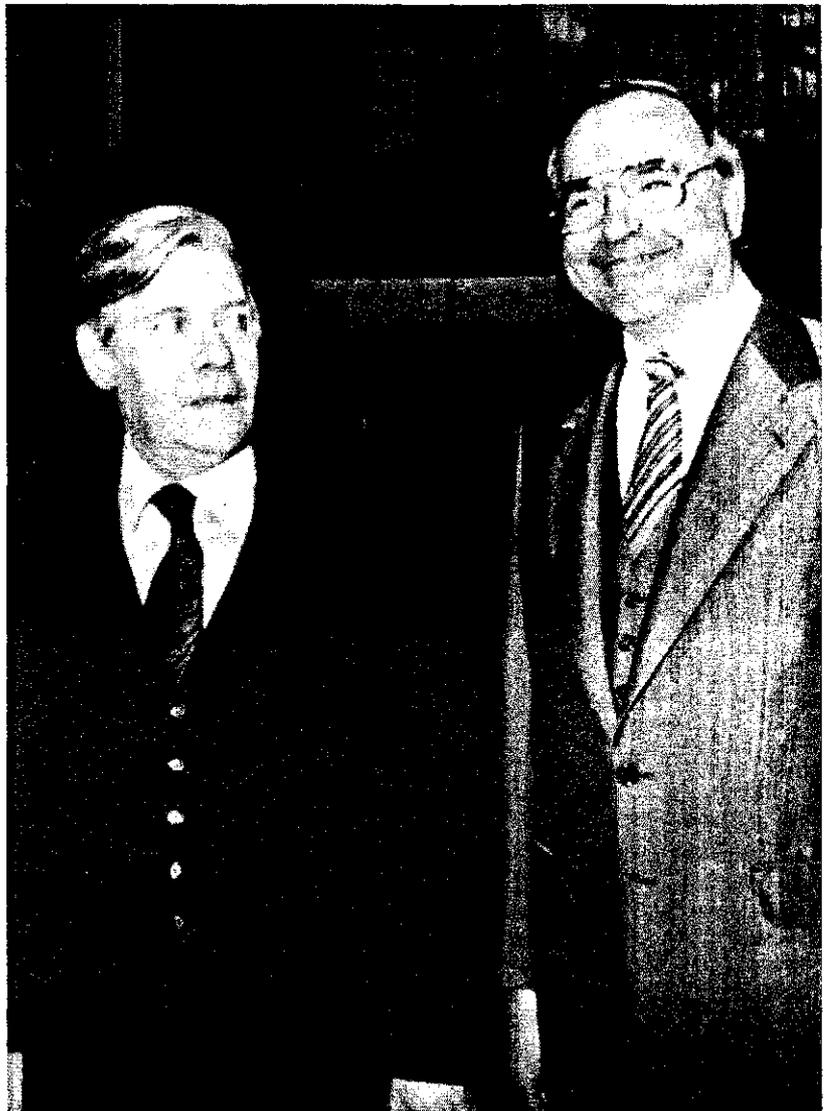
Vom Gästehaus Nummer 5 der Peking-Regierung rief er, kaum hatte ihn die Nachricht von der Entführung der Lufthansa-Boeing „Landshut“ erreicht, den Kanzler an. Selbstverständlich sei er bereit, seine China-Reise abzubrechen und sofort zum Krisenmanagement zurückzukehren.

Doch Helmut Schmidt lehnte ab. Man komme ohne ihn zurecht, eine überstürzte Rückkehr wecke in der Bevölkerung allenfalls den Eindruck, daß die Terroristen nun auch noch die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung beeinträchtigen.

Wieder in Bonn, glaubte Genscher, der „mit den Ohren“ (so SPD-Fraktionschef Herbert Wehner über den FDP-Vorsitzenden), noch mehr beunruhigende Alarmsignale zu hören.

Ihn irritieren Honneurs des SPD-Kanzlers für CDU-Chef Kohl bei gemeinsamen Auftritten wie am Donnerstag letzter Woche in Bonn beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, ihn irritiert mehr noch der freundliche Ton, in dem Opposition und sozialdemokratische Kabinettsmitglieder seit neuestem miteinander verkehren.

So fiel — auffällig genug — kaum ein hartes Wort zwischen CDU/CSU und Regierungsangehörigen, als am Freitag letzter Woche im Bundestag



Kanzler Schmidt, CDU-Chef Kohl*: Irritierende Honneurs für die Opposition

* Beim Deutschen Städte- und Gemeindebund am vergangenen Donnerstag.

Blut in diesem Land

Das Standbild des tapferen und tüchtigen, des in aller Welt bewunderten Deutschen würde nicht lange unbeleckt bleiben, soviel ließ sich vermuten. Die dem Mogadischu-Handstreich applaudierten, weil er den Regelkreis der Fatalität zu durchbrechen schien, mögen gleichwohl die Staatmacherei nicht, aus der solch perfektes, wenn auch maßgerechtes Handeln hervorgeht.

Anschläge und Attentate in unseren Nachbarländern gelten sicher eher Stammheim als Mogadischu. Aber auch viele, die zustimmend nach Somalia geblickt haben, mögen den maßlosen, den hysterischen Staat nicht, der sich selbst die Zähne zeigt und sein eigenes Wohl mit dem seiner Politiker verwechselt.

Noch ist kein führender Parlamentarier im Nachkriegsdeutschland ermordet worden, wohl aber ein amerikanischer Präsident im Nachkriegsamerika. Und trotzdem sprechen deutsche Parteiführer hinter Panzerglas zu ihren Wählern, was kein amerikanischer Präsident sich zumuten würde. Der Personenschutz, doch wahrlich nur für die wenigen funktionsunerlässlichen Amtsträger angebracht, treibt seltsame Blüten (naturgemäß Scheinblüten, denn ein schlecht ausgebildeter Polizei-Schützer ist schlimmer als gar keiner).

Der See rast, und die Stimmen überschlagen sich. Zitieren wir nicht Strauß und Goppel und auch nicht Alfred Dregger. Ein SPD-Ministerpräsident rät den Bürgern, ihren Urlaub nicht in Algerien zu verbringen, solange dieses Land keine gewaltsame Befreiung von Geiseln zulasse. Das Bundesverfassungsgericht schließt „extremistische“ Bewerber vom Referendardienst aus, so daß sie nicht nur nicht Richter und Staatsanwälte werden können (wofür ja einiges spricht), sondern nicht einmal Rechtsanwälte. Und Horst Ehmke, dem Etikett nach SPD-Linker, sieht „viel Blut fließen in diesem Land“.

Wahrlich, der Staat ist den Terroristen voll auf den Leim gegangen. Mehr Blut als bei uns war ja in Italien, England, Spanien, Holland geflossen, ohne daß die Staatsmacht sich auf ihre tönernen Füße besonnen hätte.

Warum tönern? Weil die deutschen Terroristen zwar eine deutsche Herausforderung, aber keineswegs isoliert sind. Ihre Stützpunkte

liegen jenseits der Grenzen, wo ihre Helfer sich angesichts teutonischer Exzesse verdreifachen. Man wird es leid, und darf doch nicht müde werden anzuzeigen, daß die deutsche Staatsmacht nur zu den maßvollsten, zu den allernotwendigsten Mitteln greifen darf, sonst gefährdet sie Menschenleben zusätzlich und zu allem Überfluß. Man wird wohl nicht, wie die „FAZ“, davon ausgehen dürfen, daß die Stellvertreter von Buback, Ponto und Schleyer leichter zu ersetzen wären als die Ermordeten selbst, von einem Ausbluten der Führungsschicht („FAZ“: „Wie eine verlorene Schlacht“) kann wirklich nur dies Blatt faseln.

Im Innern unserer Grenzen sieht die Rechnung doch etwa so aus: Jeder fünfte Student freut sich klammheimlich, wie der Göttinger „Mes-calero“, wenn der Generalbundesanwalt erschossen wird. Das sind etwa 170 000 Studierende.

Ein Zehntel von ihnen, schätzungsweise, sind durch Maßnahmen des Staates, seien sie nun gerechtfertigt oder nicht, aktivierbar. Die hundert erkennbar Kriminellen, die unserer Staatsspitze politisch zu schaffen machen, verfügen also über ein Reservoir für die Rekrutierung des Nachwuchses. Von der Tätigkeit in irgendeiner roten oder schwarzen Hilfe, vom Hausbesetzerum zum aktiven kriminellen Terrorismus ist oft nur ein Schritt.

Empörung der gutbürgerlichen „FAZ“-Machart hilft da nicht, auch kein Vergleich mit Auschwitz (!!!); kein Aufschrei, nun habe schon wieder einer ganz in der Nähe einer Polizeiwache „Baader lebt weiter“ gepinselt. Nicht was die „FAZ“ schreibt, sondern was der Staat tut, wie er reagiert und ob er überreagiert, ist entscheidend.

Man kann das sicherlich typisch deutsche Spiel der Terroristen mitspielen, indem man, entgegen allem Augenmaß, auf typisch deutsche Weise zuviel tut. Dann können wir so viele Terroristen fangen, wie es nur gibt; am Nachwuchs und an den Stützpunkten im Ausland wird es trotzdem nicht fehlen. So begann dieser Tage ein Artikel nicht in der „FAZ“, sondern in Springers „Welt“ über die Selbstmörderin Gudrun Ensslin, diese Tochter eines antinazistischen deutschen Pfarrers: „Fanatischer Gerechtigkeitssinn prägte schon die Schülerin.“

der Stammheim-Skandal diskutiert wurde.

Selbst die erwartete Konfrontation zwischen Kanzlerpartei und Opposition über härtere Gesetze im Kampf gegen den Terror blieb einstweilen aus; statt dessen herrschte herzliches Einvernehmen beim ersten interfraktionellen Gespräch am letzten Donnerstag, als in den jeweiligen Gesetzesinitiativen nach Punkten gesucht wurde, „wo wir gemeinsam votieren können“ (CDU-MdB Heinz Eyrich).

Die Terroranschläge haben es möglich gemacht: In Bonn wird das Undenkbare gedacht, durch die Bundeshauptstadt geistert das Wort von der Großen Koalition.

Begonnen hat der Spuk auf dem rechten Flügel der Union. Dort wurde das Tabu gebrochen, das bis dahin in der CDU/CSU galt: Nie wieder mit den Sozialdemokraten.

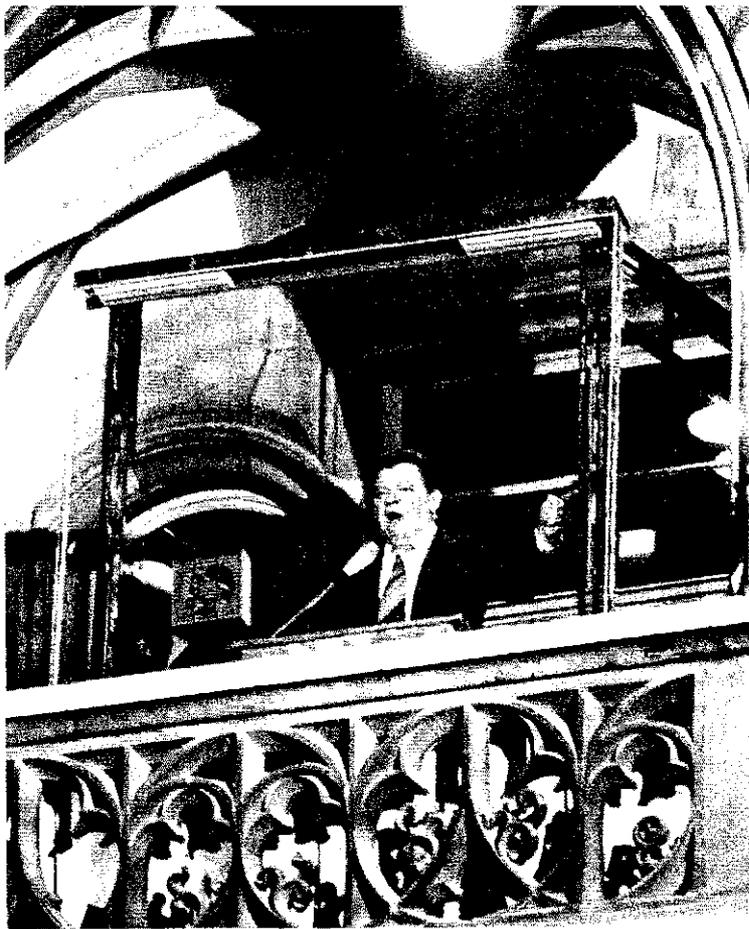
Zum erstenmal in größerem Kreis wurde das heikle Thema während einer Sitzung der Bonner CSU-Landesgruppe am Montag vorletzter Woche diskutiert. Zu jener Zeit — die Geiseln in Mogadischu waren noch nicht befreit, Schleyer noch nicht ermordet — dachte der CSU-Abgeordnete Walter Becher laut über die Zukunft nach. Selbst wenn alles gut ausginge, so der Rechtsaußen vor seinen bayrischen Parteifreunden, müsse man fest mit der nächsten Terror-Tat rechnen.

„Wäre es da nicht sinnvoll“, stellte Becher zur Diskussion, „eine Allparteien-Regierung zu bilden?“ Freilich nur unter der Bedingung, phantasierte der CSU-Mann weiter, daß sich SPD und FDP von jenen Abgeordneten in ihren Fraktionen trennten, die sich gegen verschärfte Gesetze im Kampf gegen den Terror stemmten.

In den Reihen der Christozialen regte sich Zustimmung. CSU-MdB Richard („Kopf ab“) Jaeger spann den Faden fort: Wer die Union am Risiko und an der Verantwortung im Krisenstab beteilige, der müsse sie auch an der Regierung beteiligen. Der Funke sprang selbst auf die immer noch einflußreichen CDU-Senioren um den ehemaligen Minister Heinrich Krone und den Ex-Parlamentspräsidenten Eugen Gerstenmaier über.

Der ehemalige CDU-Abgeordnete Friedrich Kühn, Betreuer dieses Kreises, zu dem 50 bis 60 Altvordere der Christenunion gehören, über eine Neuaufgabe des Bündnisses der Union mit der SPD: „Natürlich ist das bei uns ein Thema. Leute, die dieses Blut einmal geleckt haben, verfolgen mit großem Interesse die jüngsten Entwicklungen. Manches spräche natürlich dafür.“

Am weitesten ist die Diskussion in der CSU-Spitze gediehen. Franz Josef Strauß hat in mehreren vertraulichen Gesprächen, so auch mit seinem Landesgruppenchef Friedrich Zimmermann, „durchdekliniert, wie wieder Be-



CSU-Vorsitzender Strauß*: „Bewegung in den Stellungskrieg“

wegung in den Stellungskrieg gebracht werden kann und wie die Union aus den Gräben herauszubringen ist, in denen sie in Gefahr ist, verschüttet zu werden“ (ein Vertrauter).

Im Mittelpunkt seiner Gedankenspiele steht eine strategische Alternative, die Oppositionschef Helmut Kohl so oder so nicht gefallen kann: Auflockern der Parteienlandschaft doch noch durch eine vierte Partei, oder Eintritt in eine Große Koalition mit den Sozialdemokraten — wenn das Jahr 1978 vorübergeht und die Union immer noch nicht in der Bonner Regierung sitzt.

Strauß weiß, daß alles Gerede über eine Große Koalition nur dann einen Sinn macht, wenn Schmidt Kanzler bleiben kann. Daher wird gestreut, die Union sei unter Umständen bereit, als Juniorpartner in einen Bund mit der schwächeren SPD einzutreten und Schmidt die Kanzlerschaft zu lassen. Bedingung: Die Elefantenhochzeit müsse rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl gefeiert werden.

Denn die Hoffnung, durch Siege in den Landtagswahlen bis Ende 1978 den Wechsel in Bonn zu erzwingen, schwindet allmählich. Kaum einer in der Führung der Christlichen glaubt noch daran, die hessische CDU und ihr Star Alfred Dregger könnten es schaffen, die absolute Mehrheit in Wiesbaden zu ge-

winnen und so die Unionsmehrheit im Bundesrat entscheidend auszubauen.

Der behäbige SPD-Ministerpräsident Holger Börner, der laut Umfragen mehr und mehr von seinem Vorgänger Albert Osswald verscherztes Vertrauen zurückgewinnt, ist ein Gegner, mit dem Dregger bislang nicht zurechtkommt.

Der Pessimismus bei den Unionschristen wächst in dem Maß, in dem ihr Bonner Oppositionsführer Helmut Kohl überstrahlt wird vom Glanz des Helden von Mogadischu, des Volkskanzlers Helmut Schmidt.

Eine Große Koalition, kalkulieren die Strategen vom rechten Flügel, könnte eine elegante Möglichkeit bieten, Kohl als erklärten Gegner eines Zusammengehens mit der SPD loszuwerden. Den Beteuerungen des Mainzers, die FDP werde eines schönen Tages als Koalitionspartner zur Verfügung stehen, glauben sie schon lange nicht mehr. Die Linke in Fraktion und Partei der Liberalen, so die Beobachtung der Strauß-Anhänger, habe inzwischen soviel Einfluß gewonnen, daß Genscher sich einen Schwenk zur Union nicht mehr leisten könne.

Ob die ohnehin bis zum Zerreißen angespannte SPD zu derartigen Manövern in der Lage ist, scheint freilich noch weniger vorstellbar — trotz zaghafter Signale der Sozialdemokraten an die Adresse der Union.

So hatte Fraktionschef Herbert Wehner die Unierten in der SPD-Zeit-

schrift „Neue Gesellschaft“ im Interesse des Staates zum Zusammenstehen im Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen. Zugleich rügte er die „Beflissenheit im ‚Zuordnen‘ von Terroristen zu politischen Strömungen, Richtungen und Parteien“, so wie es auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt kurz nach der Schleyer-Entführung zu Lasten der Rechten getan hatte.

Dann erreichte Strauß die Botschaft, Kanzler Schmidt habe in den Tagen der Schleyer-Krise gleich zweimal hintereinander vor Journalisten die CSU als einzige der Bonner Parlamentsparteien für voll funktionsfähig erklärt und die politischen Führungskünste ihres Chefs herausgestellt.

Und aufmerksam registriert wurden auch die Klagen Schmidts, daß er es leid sei, „85 Prozent seiner Kraft und Zeit“ darauf verwenden zu müssen, Entscheidungen vor verschiedenen Gremien zu rechtfertigen und für Mehrheiten zu werben.

Die wachsende Distanz zwischen Schmidt und den linken Flügel Männern seiner Partei paßt ebenso ins Konzept der christlichen Langzeitplaner wie die Erwartung, daß in der Bundesrepublik eher alles noch viel schlimmer kommt: Ob bei Terror, Konjunktur, Arbeitslosigkeit — die Mithilfe der Union werde wegen der unsicher gewordenen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag mehr denn je gefragt sein, und „dann kommt eines Tages der Zeitpunkt, wo man sagt, wir machen das nicht mehr umsonst“ (ein Strauß-Berater).

Kanzler Schmidt kommt die verdeckt geführte Diskussion über eine Große Koalition nicht ungelegen, um die eigene Linke zu erschrecken.

Schon schwingt SPD-Fraktionsvize Horst Ehmke einen Knüppel aus ähnlichem Holz. Bei seinen vielfältigen Gesprächen mit Abweichlern von der Fraktionsdisziplin pflegt er zu argumentieren: „Ihr seid ja bürgerliche Pfadfinder, merkt ihr denn nicht, daß ihr Franz Josef Strauß den Weg ins Allparteien-Kabinett ebnet?“

TERRORISMUS

Gereinigte Fassung

Kanzler Schmidts Absicht, eine Dokumentation über die jüngsten Terror-Anschläge zu veröffentlichen, stößt im eigenen Lager ebenso auf Widerspruch wie bei der Opposition.

Vor dem Bundestag versprach der Kanzler seinem Volk Wiedergutmachung für ein bisher einmaliges Verhalten. Wenn der Fall Schleyer abgeschlossen sei, dann werde die Regierung, so Helmut Schmidt, „alle ihre Entscheidungen, ihre Gründe — auch ihre Zweifel — öffentlich darlegen“;

* In einer kugelsicheren Kabine bei einer Großkundgebung am 20. Oktober in München.